

Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 16.12.2025
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: in der Gaststätte "Heimat und Genuss" Burgstraße 54,
49413 Dinklage

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Carl Heinz Putthoff

Allg. Vertreter des Bürgermeisters

Herr Christoph Bornhorst

Amtsleiter/in

Herr Michael Busch

Herr Alfons Echtermann

Herr Uwe Middendorf

Frau Anne Miosga

Verwaltung

Herr André Woelk

Protokollant/in

Frau Heidi Bellersen

Ratsvorsitzende/r

Herr Robert Blömer CDU

Ratsmitglied

Frau Claudia Bausen BFD

Herr Joseph Behrens CDU

Frau Nicole Bramlage CDU

Herr Ludger Burhorst SPD

Herr Tim Julian Dorniak CDU

anwesend ab 17:08 Uhr
/ TOP 14

Herr André Hälker CDU

Herr Ulrich Heitmann BFD

Herr Henning Hilgefört BFD

Herr Josef Kruse AfD

Herr Steffen Lampe BFD

Frau Sabine Meyer CDU

Herr Christian Morthorst Grüne

Frau Mirja Morthorst Grüne

Herr Nils Rübke-Stadtsholte CDU

Frau Tanja Ruhe CDU

Herr August Scheper CDU

Herr Wulf Schwarte CDU

Frau Sigrid Seelhorst CDU

Herr Ingo Wessels SPD

Herr Andreas Windhaus CDU

Frau Susanne Witteriede SPD

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Silvia Dierken

Abwesend:

Ratsmitglied

Herr Paul Johannig

CDU

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 23.09.2025 -öffentlicher Teil-
- 4 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
BUS vom 06.10.2025
SKSD vom 27.10.2025
FWT vom 03.11.2025
BUS vom 17.11.2025
FWT vom 01.12.2025
- 5 Widmung von Straßen und Plätzen für den öffentlichen Verkehr
Vorlage: DS-19-0620
- 6 Entwidmung des Gemeindeweges Nr. 310 in Höne
Vorlage: DS-19-0621
- 7 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 b "Windpark Langwege" mit baugestalterischen Vorschriften;
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: DS-19-0617
- 8 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 c "Windpark Höne" mit baugestalterischen Vorschriften;
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss
Vorlage: DS-19-0618
- 9 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 d "Windpark Wulfenauer Mark" mit baugestalterischen Vorschriften;
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss

Vorlage: DS-19-0619

- 10** Außenbereichssatzung Schwege (Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB);
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: DS-19-0639
- 11** Antrag auf Förderung für einen Ersatzneubau der Jahnsport-halle
Vorlage: DS-19-0651
- 12** Antrag des TVD auf Fortführung der Vereinbarungen hinsichtlich der Betriebsführung kommunaler Sportstätten mit Anpassung des einzelnen Budgets ab dem 01.01.2026
Vorlage: DS-19-0627
- 13** Antrag des Kolpingorchesters Dinklage e.V. auf Gewährung eines jährlichen Zuschusses zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs
Vorlage: DS-19-0628
- 14** Antrag der Musikschule Romberg auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses
Vorlage: DS-19-0629
- 15** Antrag der Kreisvolkshochschule Vechta e.V. auf Förderung von Kursen zum nachträglichen Erwerb von Realschulabschlüssen für Nichtschülerinnen und Nichtschüler
Vorlage: DS-19-0626
- 16** Antrag des Heimatverein Herrlichkeit Dinklage e.V. auf Kostenübernahme von neuen Rechnern für das Stadtarchiv
Vorlage: DS-19-0631
- 17** Zuschuss an die katholische Bücherei Dinklage; Erhöhung ab dem Haushaltsjahr 2026
Vorlage: DS-19-0632
- 18** Erhöhung des Zuschusses an die kath. Kirchengemeinde für die Friedhofsunterhaltung
Vorlage: DS-19-0635
- 19** Aufbringen von Eigenmitteln bei Aufnahme in die Städtebauförderung
Vorlage: DS-19-0636
- 20** Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: DS-19-0644
- 21** Gebührenbedarfsrechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2026

Vorlage: DS-19-0645

- 22** 12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-19-0647
- 23** Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2026
- 24** Beratung und Beschluss über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2025-2029
- 25** Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten
- 26** Anfragen und Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzender Blömer eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage um 16:00 Uhr. Er begrüßt die Mitglieder des Rates, die Vertreter der Verwaltung, die Gäste und die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

zu 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 23.09.2025 -öffentlicher Teil-

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Dinklage vom 23.09.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

**zu 4 Anfragen zu Ausschussprotokollen -öffentliche Teile-
BUS vom 06.10.2025
SKSD vom 27.10.2025
FWT vom 03.11.2025
BUS vom 17.11.2025
FWT vom 01.12.2025**

Seitens des Rates werden keine Anträgen zu den Ausschussprotokollen gestellt.

**zu 5 Widmung von Straßen und Plätzen für den öffentlichen Verkehr
Vorlage: DS-19-0620**

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die folgenden Straßen und Verkehrsflächen gem. § 6 Nds. Straßengesetz für den öffentlichen Verkehr zu widmen:

Straße „Hof Menke“ (Flur 18, Flurstück 238,
Hansestraße, Flur 18, Flurstücke 17/18, 21/13 und 12/9
Parkplatz südlich der Burgstraße , Flur 23, Flurstück 259/1

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 6 Entwidmung des Gemeindeweges Nr. 310 in Höne
Vorlage: DS-19-0621**

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Auf Anfrage von Mitglied Heitmann teilt Dipl.-Ing. Busch mit, dass der Weg grundsätzlich als Möglichkeit für Kompensationsmaßnahmen in Betracht komme.

Mitglied Witteriede fragt an, ob die Entwidmung Auswirkungen auf die Eigentumsverhältnisse habe, was von der Verwaltung verneint wird.

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Gemeindeweg Nr. 310 in Höne (Flurstücke 3, 17/1, 17/2, 22/14 und 23/5, Flur 15 von Dinklage) gem. § 8 Nds. Straßengesetz für den öffentlichen Verkehr zu entwidmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 2 Enthaltungen

- zu 7 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 b "Windpark Langwege" mit baugestalterischen Vorschriften;**
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen
b) Satzungsbeschluss
Vorlage: DS-19-0617

Mitglied Schwarte zieht sich aus Gründen der Befangenheit von der Beratung sowie der Abstimmung zurück.

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus. .

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 87 b „Windpark Langwege“ eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- b) Die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 b „Windpark Langwege“ mit baugestalterischen Vorschriften (Aufhebungssatzung und Begründung) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

- a) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme
- b) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme

- zu 8 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 c "Windpark Höne" mit baugestalterischen Vorschriften;**
a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen

b) Satzungsbeschluss
Vorlage: DS-19-0618

Mitglied Schwarte und Mitglied Seelhorst ziehen sich aus Gründen der Befangenheit von der Beratung sowie der Abstimmung zurück.

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 c „Windpark Höne“ eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- b) Die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 c „Windpark Höne“ mit baugestalterischen Vorschriften (Aufhebungssatzung und Begründung) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

- a) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme
- b) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme

- zu 9 Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 d "Windpark Wulfenauer Mark" mit baugestalterischen Vorschriften;**
- a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
 - b) Satzungsbeschluss**
- Vorlage: DS-19-0619**

Mitglied Schwarte zieht sich aus Gründen der Befangenheit von der Beratung sowie der Abstimmung zurück.

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 d „Windpark Wulfenauer Mark“ eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- b) Die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 87 d „Windpark Wulfenauer Mark“ mit baugestalterischen Vorschriften (Aufhebungssatzung und Begründung) wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

- a) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme
- b) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme

- zu 10 Außenbereichssatzung Schwege (Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB);**
- a) Beratung und Beschlussfassung über die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen**
 - b) Satzungsbeschluss**
- Vorlage: DS-19-0639**

Dipl.-Ing. Busch führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Mitglied Kruse merkt an, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimme. Er sehe die Gleichbehandlung nicht als gegeben an. Seiner Ansicht nach hätte eine Außenbereichssatzung flächendeckend beschlossen werden müssen; diese sei jedoch für den Bereich „Bockhorster Moor“ abgelehnt worden.

Mitglied Windhaus entgegnet, dass sich der Ausschuss sehr intensiv mit der Außenbereichssatzung beschäftigt habe. Auch sei ihm sehr wohl bewusst, welche Wirkung erzeugt werde. Jedoch seien die Bauernschaften „Bockhorster Moor“ und „Schwege“ nicht miteinander zu vergleichen. Die Vorgaben in Schwege seien sehr positiv gewesen und die Satzung wurde von den Schwegern unterstützt. Daher könne s.E. der Außenbereichssatzung in Schwege mit gutem Gewissen zugestimmt werden.

Beschluss:

- a) Die während der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zum Entwurf der Außenbereichssatzung Schwege abgegebenen Stellungnahmen werden gemäß der Anlage zur Drucksache abgewogen.
- b) Die Satzung nach § 35 Abs. 6 BauGB für den Ortsteil Schwege der Stadt Dinklage wird unter Berücksichtigung der Abwägung zu a) einschl. Begründung als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

- a) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme
- b) Mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme

zu 11 Antrag auf Förderung für einen Ersatzneubau der Jahnsporthalle Vorlage: DS-19-0651

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Er merkt an, dass das Sportförderprogramm des Bundes mehrfach überzeichnet sein werde und räumt nur geringe Chancen ein, aufgenommen zu werden.

Mitglied Witteriede befürwortet, dass der Förderantrag gestellt werde. Sie bezieht sich auf die im Jahr 2023 vorgestellte Kostenschätzung von 2,3 Mio. und fragt an, wie es bis heute zu einer so hohen Kostensteigerung für die Sporthalle komme könne.

Hauptamtsleiter Echtermann teilt mit, dass in den jetzt genannten Kosten die Abriss- und Entsorgungskosten, die Kosten für die Außenanlagen sowie die Kostensteigerungen über einen Zeitraum von 4 Jahren, mit einberechnet seien.

Mitglied Hilgefört fragt an, ob für die Aufnahme in das Förderprogramm zwingend die vorherige Zusage für die Übernahme der Kosten von 55 % durch die Stadt Dinklage vorliegen müsse, was von Hauptamtsleiter Echtermann bestätigt wird.

Mitglied Bausen fragt an, ob die ursprüngliche Kostenschätzung von 2,3 Mio. zugrunde gelegt wurde und die üblichen Kostensteigerungen der letzten Jahre dazugerechnet wurden, was von Hauptamtsleiter Echtermann bestätigt wird.

Beschluss:

Die Teilnahme am Projektauftrag für das Bundesprogramm 2025/2026 „Sanierung kommunaler Sportstätten (SKS)“ für einen Ersatzneubau der Jahnsporthalle wird gebilligt. Sofern ein positiver Zuwendungsbescheid eingehen sollte, wird der Ersatzbau der Jahnsporthalle mit 55% kofinanziert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 12 Antrag des TVD auf Fortführung der Vereinbarungen hinsichtlich der Betriebsführung kommunaler Sportstätten mit Anpassung des einzelnen Budgets ab dem 01.01.2026
Vorlage: DS-19-0627**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Für Mitglied Witteriede ist die enorme Kostensteigerung nicht nachvollziehbar. Auch fehle ihr eine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten. Weiter bemängelt sie die unterschiedliche Regelung der Unterhaltungskosten, die mal mit und mal ohne Betriebskosten aufgeführt seien

Mitglied Windhaus merkt an, dass der TVD die Reinigungskosten übernehme, was letztendlich für die Stadt Dinklage wirtschaftlicher sei. Weiter merkt er an, dass die Verträge über 5 Jahre abgeschlossen werden, daher resultieren die hohen Prozentsätze.

Beschluss:

1. Die bestehenden Vereinbarungen mit dem TVD hinsichtlich folgender Sportstätten
 - Schulsporthalle
 - Jahnsporthalle einschließlich der Sportplätze im Jahnstadion und am Schützenweg

werden ab dem 01.01.2026 für die Dauer von fünf Jahren fortgeführt.

Das dafür zur Verfügung gestellte Budget wird wie folgt festgesetzt:

- | | |
|-----------------------------|--------------------------|
| - Schulsporthalle | 33.000,00 Euro pro Jahr |
| - Jahnhalle und Sportplätze | 108.400,00 Euro pro Jahr |

2. Für das Jahr 2026 wird eine allgemeine Sportförderung in Höhe von 172.500,00 Euro festgesetzt. Die Beträge der allgemeinen Sportförderung für die darauffolgenden Haushaltsjahre können jährlich aufgrund von allgemeinen Preissteigerungen durch die Stadtverwaltung angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

**zu 13 Antrag des Kolpingorchesters Dinklage e.V. auf Gewährung eines jährlichen Zuschusses zur Aufrechterhaltung des Spielbetriebs
Vorlage: DS-19-0628**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus.

Mitglied Witteriede merkt an, dass sich der Zuschuss um 50 % erhöhe. Sie gibt zu bedenken, dass über kurz oder lang eine Mieterhöhung für den Übungsraum zu erwarten sei. Sie spricht sich für den ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

Beschluss:

Ab dem Jahr 2026 wird der jährliche Zuschuss an das Kolpingorchester um 5.000,- Euro auf dann 15.000,- Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 14 Antrag der Musikschule Romberg auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses
Vorlage: DS-19-0629**

Hauptamtsleiter Echtermann erläutert den Sachverhalt anhand der Drucksache.

Er weist darauf hin, dass die Fachausschüsse des Kreistages diesem empfehlen, den Kreiszuschuss für die drei Musikschulen um 20 % zu erhöhen. Diesem Vorschlag werde der Kreistag auf seiner Sitzung am 18.12.2025 aller Voraussicht nach folgen. Für die Musikschule Romberg würde dies eine Erhöhung um 20.735,00 € von derzeit 103.675,00 € auf 124.100,00 für die Jahre 2026 bis 2028 bedeuten.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Tourismus schlägt dem Rat vor, den städtischen Zuschuss um den gleichen Betrag (Co-Finanzierung) zu erhöhen, welcher vom Landkreis festgelegt wird. Für die Musikschule Romberg würde der städtische Zuschuss von derzeit 209.000,00 € auf dann 230.000,00 € steigen.

Mitglied Meyer merkt an, dass es auch Ziel des Landkreises Vechta sei, dass es bei einer einvernehmlichen Verteilung bleibe. Die prozentuale Verteilung solle für 1 Jahr beibehalten werden, um den Musikschulen die Gelegenheit zu geben, hier zu einer Einigung zu kommen.

Mitglied Ruhe führt aus, dass sich der Rat mit diesem Thema schon seit dem Jahr 2021 beschäftige. In dieser Zeit sei es nicht gelungen, die konkreten kommunalen Zuschnitte, wie z.B. die Beschulung der ortsfremden Schüler umzusetzen. Sie merkt an, dass sich in Quakenbrück die Schülerzahl erheblich erhöht habe. Das sei eine Entwicklung, die nicht gewollt sei. Sie bemängelt, dass das geforderte Konzept seitens der Musikschule immer noch nicht vorliege. Es müsse eine Möglichkeit gefunden werden, sich anzunähern. Ziel müsse es sein, die Musikschule in Dinklage zu halten.

Mitglied Witteriede führt aus, dass es in dem Antrag der Musikschule um die Höhe des Zuschusses gehe, der aufgrund der Tarifierhöhungen und allg. Kostensteigerung gestellt wurde. Heute soll über die Höhe des Zuschusses abgestimmt werden. Sie merkt an, dass alle anderen Anträge von Vereinen, die heute beraten wurden, auch zugestimmt wurde. Sie merkt an, dass die Musikschule konzeptionelle Veränderungen vorgenommen habe und viele erhobene Forderungen wurden erfüllt, auch wenn kein Konzept vorliege. Die Beschränkung auf Dinklager SuS halte sie für bedenklich, da auf die auswärtigen Schüler nicht verzichtet werden könne. Zudem sollte jedem ermöglicht werden, eine Musikschule seiner Wahl zu besuchen.

Mitglied Witteriede stellt den Antrag, den jährlichen Zuschuss um 31.000,- Euro auf dann 240.000 Euro – wie von der Musikschule beantragt - zu erhöhen. Die Erhöhung ist angelehnt an die des Landkreises Vechta. Der Zuschuss wird festgesetzt für die Jahre 2026 bis 2028.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
16 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Somit ist der Antrag von Mitglied Witteriede mehrheitlich abgelehnt.

Mitglied M. Morthorst unterstützt die Ausführungen von Mitglied Witteriede. Sie merkt an, dass seitens der Musikschule bereits zahlreiche Maßnahmen ergriffen wurden, um die bestehenden Probleme anzugehen. Ihrer Einschätzung nach könne die Musikschule nicht auf auswärtige Schülerinnen und Schüler verzichten. Ein Wegfall dieser Schüler würde zu einem geringeren Unterrichtsangebot sowie zu sinkenden Schülerzahlen führen. Die Musikschule habe einen sozialen Charakter und stelle ein Aushängeschild für die Stadt Dinklage dar. Sie merkt an, dass die Musikschule die gleichen Antragsbedingungen gestellt habe wie andere Vereine und müsse demnach auch gleich gefördert werden. Dieses sieht sie nicht erfüllt.

Mitglied Lampe merkt an, dass seitens der Stadt Dinklage bereits ausreichend Signale gesetzt worden seien und eine Bereitschaft zur Unterstützung der Musikschule deutlich gemacht wurde. Die im Antrag dargestellten Kostensteigerungen seien nachvollziehbar, jedoch müsse auch eine entsprechende Mitwirkung der Musikschule eingefordert werden. Er tue sich schwer damit, die Musikschule nach den gleichen Vereinsförderrichtlinien wie andere Vereine zu bewerten. Es sei erforderlich, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Er regt an, dass die anderen Kommunen sich an den Kosten für die auswärtigen Schüler beteiligen müssen.

Mitglied Bausen fragt an, welche konkreten Anforderungen das geforderte Konzept beinhalten sollte. Die Musikschule habe bereits Beitragserhöhungen vorgenommen und vermehrt Gruppenunterricht anstelle von Einzelunterricht angeboten. Auch sie bemängelt, dass die Nachbarkommunen von der Musikschule profitieren. Da diese sich bislang größtenteils weigern, sich an den Kosten zu beteiligen, stelle sich ihr die Frage, wie die Musikschule auf diesen Missstand einwirken solle. In diesem Zusammenhang müsse seitens der Stadt Dinklage stärkerer Druck auf die Nachbarkommunen ausgeübt werden. Auch müsse die Musikschule eine verlässliche Planungssicherheit ermöglicht werden. Insbesondere im Hinblick auf die Bezahlung der Kosten für die Honorarkräfte, da auch hier auf die Entscheidung des Landkreises noch unklar sei.

Mitglied Windhaus merkt an, dass die Stadt Dinklage seit vielen Jahren in der Verhandlung mit der Musikschule sei. Es müsse endlich in konstruktive Gespräche eingetreten werden, um der Musikschule eine langfristige Perspektive zu bieten. D.h. aber auch, dass man sich den finanziellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen stellen muss und ein Einfaches „weiter so, die Stadt wird es schon zahlen“, nicht geben darf. Derzeit wird das Thema „Finanzierung Musikschule“ hier vor Ort und auf Kreisebene diskutiert. Die Dinklager CDU sehe es als notwendig an, hier abgestimmte Lösungskonzepte aller 4 Musikschulen auf Kreisebene zu entwickeln. Es sei zu hoffen, dass alle Beteiligten hier konstruktiv und ohne Denkverbote mitarbeiten. Aussagen wie „das gehört irgendwie alles zusammen“ seien nicht zielführend.

Für 2026 werde der bestehende jährliche Zuschuss wieder erhöht und zwar auf dann ca. 230.000 €. Die von der Dinklager Musikschule vor einigen Jahren beantragte sukzessive Erhöhung der jährlichen Zuschüsse auf ca. 500.000 € halte die CDU für Dinklage – auch mit Blick auf die kommenden Haushaltsjahre – für nicht vertretbar.

Sodann stellt Mitglied Windhaus folgenden Antrag:

Der Ausschuss empfiehlt der Verwaltung, eine Co-Finanzierung für die Musikschule Romberg e.V. sicherzustellen, sodass die Stadt Dinklage denselben Zuschuss gewährt, der auch

vom Landkreis bereitgestellt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Co-Finanzierung zu prüfen und umzusetzen.

Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag von Mitglied Windhaus mehrheitlich angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss empfiehlt der Verwaltung, eine Co-Finanzierung für die Musikschule Romberg e.V. sicherzustellen, sodass die Stadt Dinklage denselben Zuschuss gewährt, der auch vom Landkreis bereitgestellt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Co-Finanzierung zu prüfen und umzusetzen

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

**zu 15 Antrag der Kreisvolkshochschule Vechta e.V. auf Förderung von Kursen zum nachträglichen Erwerb von Realschulabschlüssen für Nichtschülerinnen und Nichtschüler
Vorlage: DS-19-0626**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Zur Finanzierung des Lehrgangs zum nachträglichen Erwerb des Realschulabschlusses sind 3.000,- Euro im Haushalt 2026 einzuplanen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

**zu 16 Antrag des Heimatverein Herrlichkeit Dinklage e.V. auf Kostenübernahme von neuen Rechnern für das Stadtarchiv
Vorlage: DS-19-0631**

Hauptamtsleiter Echtermann führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Der Antrag des Heimatvereins Herrlichkeit Dinklage e.V. auf Kostenübernahme von 3 neuen Rechnern für das Stadtarchiv in Höhe von 2.000,- Euro wird entsprochen. Die Kosten werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 17 Zuschuss an die katholische Bücherei Dinklage; Erhöhung ab dem Haushaltsjahr 2026
Vorlage: DS-19-0632

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Mitglied Witteriede regt an, die Gebührenstruktur zu überdenken, um höhere Einnahmen zu bewirken.

Beschluss:

Der Zuschuss für die katholische öffentliche Bücherei der Kirchengemeinde St. Catharina wird ab 2026 auf 40% des zu erwartenden Defizits festgelegt, wobei die Höhe des Zuschusses auf insgesamt 60.000,- Euro begrenzt ist. Dieser teilt sich in einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 50.000,- Euro und einen Zuschuss für neue Medien in Höhe von 10.000,- Euro auf. Der Zuschuss wird zunächst auf 10 Jahre begrenzt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 18 Erhöhung des Zuschusses an die kath. Kirchengemeinde für die Friedhofsunterhaltung
Vorlage: DS-19-0635

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Dem Antrag der kath Kirchengemeinde St. Catharina auf Gewährung eines Zuschusses für die laufende Unterhaltung des Friedhofes in Höhe von 12.500,- Euro jährlich wird entsprochen. Der Zuschuss wird zunächst auf 10 Jahre begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

zu 19 Aufbringen von Eigenmitteln bei Aufnahme in die Städtebauförderung
Vorlage: DS-19-0636

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Mitglied Schwarte unterstützt den Antrag. Allerdings stelle die Erstellung eines neuen Antrags ein Beispiel für ausufernde Bürokratie dar, da es seiner Ansicht nach einfacher gewesen wäre, den bestehenden Antrag entsprechend anzupassen.

Beschluss:

Die Stadt Dinklage erklärt bei Aufnahme in das Städtebauförderprogramm „Lebendige Zentren“ die Bereitschaft, den durch Städtebauförderungsmittel nicht gedeckten Teil der Ausga-

ben für die Finanzierung der vorgesehenen städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen über den städtischen Haushalt aufzubringen. Bereits im Haushalt eingestellte Mittel zu Einzelmaßnahmen würden in diesem Fall übertragen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 20 Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2025
Vorlage: DS-19-0644**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus.

Beschluss:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Ausgaben werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 21 Gebührenbedarfsrechnung für die öffentliche Einrichtung Straßenreinigung für das Haushaltsjahr 2026
Vorlage: DS-19-0645**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Er merkt bezugnehmend an, dass die Erträge die Aufwendungen decken sollen. Sollte es sich um öffentliches Interesse handeln, kann davon abgewichen werden. Ein öffentliches Interesse ist gegeben, wenn Kreuzungen, Wege und Plätze gereinigt werden. Dieser Anteil wird mit 25 % beziffert, sodass 75 % der Kosten umgelegt werden können.

Beschluss:

Die Gebühr für die Straßenreinigung wird – wie bisher – auf 1,20 € je Frontmeter festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 22 12. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage
Vorlage: DS-19-0647**

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache und der Anlage zur Drucksache aus.

Beschluss:

Die 12. Änderung der Verordnung über die Art, das Maß und die räumliche Ausdehnung der Straßenreinigung in der Stadt Dinklage wird erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 23 Beratung und Beschluss über die Haushaltssatzung und über den Haushaltsplan der Stadt Dinklage für das Haushaltsjahr 2026

Bürgermeister Putthoff bedankt sich bei Allg. Vertreter Bornhorst und bei Frau Nuxoll aus der Kämmerei für die Bereitstellung des Haushaltsplanes 2026. Er bezieht sich auf den Haushaltsplan und merkt an, dass heute über den letzten Haushalt in dieser Ratsperiode beraten werde. Und gerade deshalb sei es ein besonderer Moment. Ein Haushalt sei immer ein Spiegel der politischen Arbeit, aber in diesem Fall sei er auch ein Abschluss, ein Fazit und ein Ausblick zugleich.

Dabei werde die strukturelle Unterfinanzierung durch Bund und Land und die Auswirkungen des strukturellen Defizits beim Landkreis äußerst deutlich.

Der dramatische Rückgang ausgeglichener kommunaler Haushalte, steigende Defizite und eingeschränkte Handlungsspielräume prägen seit Jahren die Realität in niedersächsischen Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Die Mehrheit der Kommunen in Niedersachsen kann ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen – die Defizite erreichten 2024 und 2025 mit über vier Milliarden Euro ein Rekordhoch. Im Jahr 2025 verzeichnet der kommunale Finanzausgleich erstmals einen Rückgang der Zuweisungen, finanzschwache Kommunen erhalten auch weniger Bedarfszuweisungen als im Vorjahr.

Immer mehr müssen die Kommunen freiwillige Leistungen, die profilgebend sind, aus finanziellen Gründen aufgeben. Die Spielräume für politische Gestaltung sind oft nicht mehr vorhanden.

Gerade die Kommunen werden als direkte Instanz des staatlichen Handelns gesehen. Die hier getroffenen Entscheidungen wirken auf die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen unmittelbar und sind direkt zuzuordnen.

Wenn Städte und Gemeinden Aufgaben ausführen sollen, die der Bund oder das Land beschließt, muss auch der Bund bzw. das Land dafür sorgen, dass die Kommunen personell und finanziell so ausgestattet sind, dass sie die übertragenen Aufgaben erledigen können. Wer bestellt, bezahlt! Und: Das kommunale Finanzdesaster muss schnell gelöst werden!

Die kommunalen Vertreter haben heute in Hannover vor dem niedersächsischen Landtag mit der Übergabe des Wittmunder Appells, der von über 270 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unterzeichnet wurde, an unseren Ministerpräsidenten Olaf Lies eindringlich die katastrophale Finanzlage der Kommunen beschrieben, die vor allem auf der hohen Ausgabenbelastung, nicht zuletzt für Soziales, beruht. Zudem wurde klargemacht, dass die Finanzlage der Kommunen nicht mehr nur eine Gefahr für die Investitionsfähigkeit, für die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene ist, sondern die Grundlagen des demokratischen Miteinanders bedroht.

Die kommunalen Vertreter haben vor allem eine Entlastung auf der Ausgabenseite angemahnt, und im Übrigen auch die Stabilisierung der Einnahmenbasis der Gemeinden, zum Beispiel durch eine deutlich erhöhte gemeindliche Umsatzsteuerbeteiligung oder durch eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage.

Den Wittmunder Appell, der von allen Bürgermeistern des Landkreises Vechta unterschrieben wurde, füge er als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Der vorliegende Haushaltsplan 2026 weist im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 1.597.500 € aus. Das ist ein deutlicher Betrag – und er zeigt, wie anspruchsvoll die Rahmenbedingungen geworden sind: steigende Pflichtausgaben, höhere Kosten in sozialen Bereichen, deutliche Erhöhung der Kreisumlage, Investitionsdruck in Bildung, Infrastruktur und Digitalisierung. All das belastet nicht nur uns, sondern Kommunen im ganzen Land.

Sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen wurden im Rahmen der internen Haushaltsplanvorbereitung mit Nachdruck auf den Prüfstand gestellt. Mehrerträge und Minderaufwendungen sind aus Sicht der Verwaltung nicht weiter für 2026 zu realisieren.

Als positive Entwicklung sind immer noch die Erträge aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie der Gewerbesteuer zu sehen.

Die positive Entwicklung der Steuereinnahmen 2024/2025 (Berechnungszeitraum 01.10.2024 – 30.09.2025), führt zu einer Erhöhung der Steuerkraft um 6,27 % gegenüber dem Berechnungszeitraum des Vorjahres, was sich finanziell auf die Einnahmen aus dem Finanzausgleich auswirkt. Für 2026 werden Schlüsselzuweisungen in Höhe von 369.200 € erwartet. Im Vorjahr hat die Stadt Dinklage keine Schlüsselzuweisung erhalten, sondern musste erstmals seit dem Haushaltsjahr 2012 eine Finanzausgleichsumlage von 55.440 € an das Land Niedersachsen zahlen. Die Zuweisungen für Auftragsangelegenheiten sind in Höhe von 333.700 € eingeplant.

Darüber hinaus ist durch die deutliche Erhöhung der Kreisumlage um 3,5 Punkte (von 38,5 auf 42,0 Punkte) der städtische Haushalt mit Mehrkosten von rund 760.000 Euro belasten. Es ist eine Kreisumlage in Höhe von 9.127.400 € (Vorjahr 7.752.733 € bei 38,5 Punkten) zu zahlen.

Bürgermeister Putthoff richtet seine Bitte erneut an den Landkreis, die Ausgaben im Blick zu behalten. Defizitäre Haushalte ziehen auch Haushaltssicherungskonzepte nach sich.

Die Gewerbesteuererträge wurden mit 10.420.000 € (Plan Vorjahr: 8.870.000 €) eingeplant. Mit knapp 12,00 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen haben wir in 2025 wieder ein Ergebnis eingefahren, das deutlich über den Planzahlen lag. Hierfür sagt er ein großes Dankeschön an die Dinklager Gewerbetreibenden, dass sie trotz der vielen Krisen und den hohen Ausgaben ein derartig hohes Gewerbesteueraufkommen ermöglicht haben. Ohne ein solides Gewerbesteueraufkommen wären viele Projekte nicht umsetzbar.

Bei den Steuersätzen (Hebesätzen) verbleibt es bei den bisherigen Festsetzungen:

Grundsteuer A: 403 %

Grundsteuer B: 426 %

Gewerbesteuer: 356 %

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Personalkosten in Höhe von 5.284.400 € (ohne Pensionsrückstellungen). Insgesamt stiegen die Personalkosten um 410.100 € (+ 8,41 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung ist auf die Tarifierhöhungen, Besoldungsanpassungen und Neueinstellungen zurückzuführen.

Die Zuweisungen für Kindergärten und Kindergruppen belaufen sich auf 3.957.000 € (Vorjahr 3.563.600 €). Das bedeutet eine Erhöhung der Zuschüsse gegenüber dem Vorjahr von 393.400 €. Der Landkreis Vechta beteiligt sich an den Betriebskosten mit umgerechnet 1.147.000 €.

Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die Abschreibungen zu legen, mit denen sich die Investitionsplanung im Ergebnishaushalt widerspiegelt. Es zeigt sich deutlich, dass durch das Investitionsvolumen und die daraus resultierenden Abschreibungsbeträge der Aufwand im Ergebnishaushalt immer höher wird und der Haushaltsausgleich dadurch erschwert werde.

Die Erhöhung des Netto-Aufwandes beträgt zwischen 2025 und 2029 1.456.500 €.

Unabhängig von der sorgfältigen Überprüfung aller Ansätze im konsumtiven Bereich spielt damit eine langfristig ausgerichtete Investitionsplanung eine entscheidende Rolle für die Sicherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit.

Im Finanzhaushalt ist der Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf 6.658.400 € und der Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf 14.111.500 € festgesetzt.

Er geht auf die wesentliche Auszahlungen für Investitionen in 2026 ein:

Grundschulen – Erweiterung der Mensen 2.325.000 € insgesamt 7,3 Mio. €

Umbau / Erweiterung Feuerwehrgerätehaus 850.000 € Insgesamt 3.61 Mio. €

Straßenbaumaßnahmen 873.000 € Insgesamt 3.87 Mio. €

(Investitions-)Zuschüsse an Vereine 1.361.000 € insgesamt 4,0 Mio. €

Umbau ehem. Caritas-Druckerei, Schulstraße 100.000 € insgesamt 0,6 Mio. €

Kostenbeteiligung Regenrückhaltebecken 620.000 € insgesamt 1,42 Mio. €

Städtebauförderung ISEK 1.300.000 € Insgesamt 5,8 Mio. €

Erwerb, Erschließung von Grundstücken

Bürgermeister Putthoff erwähnt an dieser Stelle noch die Sanierung des Freibades. Das Investitionsvolumen beziffert sich auf 9 Mio. €. Abzüglich der Rückerstattung der Vorsteuer und der Förderung des Bundes von 2 Mio. € verbleiben bei der Stadt Dinklage Investitionskosten von 5,5 Mio. €.

Diesen Auszahlungen stehen auch Einzahlungen gegenüber, z.B. Erschließungsbeiträge, Zuschüsse des Landes, des Bundes und des Landkreises.

Es sind bereits Förderanträge an das Land, den Bund und LEADER gestellt worden. Positive Förderbescheide liegen teilweise vor. Die Ausführung einiger Maßnahmen steht im unmittelbaren Zusammenhang mit einem positiven Förderbescheid.

Mit den geplanten Investitionen ist auch unmittelbar eine Kreditaufnahme verbunden. Die Kreditermächtigung wurde auf 6,81 Mio. festgesetzt. Zusätzlich kann nach § 120 Abs. 3 NKomVG gilt die Kreditermächtigung 2025 (10,56 Mio. €) bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Abzüglich der Tilgungsleistungen beläuft sich die Nettoneuverschuldung auf 16.276.300 €. Der voraussichtlich Schuldenstand beziffert sich am Ende des Jahres 2026 auf rd. 20,01 Mio. €.

Gerade dieser letzte Haushalt der Ratsperiode 2021 bis 2026 zeigt:
Wir treffen Entscheidungen nicht für uns, sondern für Dinklage.
Nicht für die nächsten Monate, sondern für die nächsten Jahre.

Bürgermeister Putthoff merkt an, dass ihm bewusst sei, dass ein Fehlbetrag von 1.597.500 € im Ergebnishaushalt und die hohe Kreditaufnahme Fragen aufwirft und Diskussionen auslöst. Das ist richtig so – denn politische Verantwortung braucht Debatte. Aber dieser Fehlbetrag und die hohe Kreditaufnahme sind kein Zeichen von Scheitern, sondern ein klarer Auftrag:

Wir müssen weiterhin besonnen handeln, Schwerpunkte setzen und finanzielle Stabilität als gemeinsames Ziel verfolgen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Haushaltsplanentwurf 2026 alle nachdenklicher macht. Durch die hohen Investitionen, die stark ansteigenden Aufwendungen (u.a. Kreisumlage, Aufwendungen im sozialen Bereich, Personalaufwendungen) und die zunehmenden Aufgaben von Bund und Land, bei nicht ausreichender Gegenfinanzierung, wird ein Haushaltsausgleich immer schwieriger. Es ist daher auch unser aller Aufgabe, unsere Stadt wirtschaftlich auf Kurs zu halten. Dazu gehört auch, Maß zu halten in Zeiten, die Vergangenheit sind und Zeiten, die uns bevorstehen.

Er dankt allen, die sich für unsere Stadt einsetzen, und denjenigen, die mit ihren Steuern, Abgaben und Gebühren dazu beitragen, dass wir in Dinklage sehr gute und qualitativ hochwertige Dienstleistungen anbieten können und eine umfassende Infrastruktur, welche die Lebensqualität nachhaltig positiv prägt, vorweisen können. Die zu erhalten und sinnvoll auszubauen, wird auch künftig das Ziel sein.

Zum Abschluss dieser Ratsperiode möchte er allen danken – den Ratsmitgliedern, der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern.

Mitglied Windhaus bedankt sich bei der Verwaltung für die „Haushaltsplanung 2026“. Sein besonderer Dank gilt auch und insbesondere den Steuerzahler/innen. Er verweist auf die Besonderheit im Oldenburger Münsterland, dass die Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren noch überdurchschnittlich gestiegen sind und noch auf diesem Niveau verbleiben.

Zu den Haushaltsplanungen 2026 führt er wie folgt aus:

Trotz der guten Einnahmenseite rechnet die Stadt mit „Rekordausgaben“ und lt. Haushaltsplan verbleibt ein Defizit von ca. 1,6 Mio. €, aber eine Steuererhöhung komme für die CDU nicht in Betracht.

Dieses Defizit sei für sich betrachtet noch nicht beängstigend. Auch in den Vorjahren wurde mit einem ausgeglichen oder leicht negativen Haushaltsergebnis gerechnet und die Wirklichkeit, das spätere Rechnungsergebnis, hat gezeigt, dass man ein gutes bis sehr gutes Jahresergebnis erwirtschaftet hat. In 2024 war es ein Überschuss von 3,6 Mio. €, das Ergebnis 2025 steht noch aus, aber auch hier kann mit einem guten Überschuss gerechnet werden.

In dieser Ratsperiode von 2021-2026 wurden beschlossene Maßnahmen der vorherigen Ratsperiode umgesetzt und weitere wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, die überwiegend auch schon umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befinden, wie

- Sanierung Sporthalle Kardinal-von-Galen Grundschule
- Neuer Bauhof
- 3 „neue“ Kitas (St. Johannes, St. Martin und „St. Martin alt“)
- Umfassende Sanierung Jahnstadion
- Erweiterung des Feuerwehrhauses
- 2 neuen Mensen für die Grundschulen
- Umfassende Sanierung Freibad
- Sanierung des alten Rathauses
- Neuer Jugendtreff/DLRG mit Versammlungsraum für andere Vereine
- Verschiedene Straßenausbauten (u.a. Alte Hörst, Münsterstraße, Josefstraße, Rosen-, Tulpen, Fliederstraße, Jahnstraße, ...)
- Unterstützung TC Dinklage, Schützenverein und Zusage an den Ponyclub
- Erschließung neuer Gewerbegebiete am Dinklager Ring
- Neue Wohnbaugebiete (u.a. Staggenborg)
- Erwerb und Weiterentwicklung des Burgwalds, mit inklusivem Spielplatz und barrierefreie WC-Anlagen, sowie Blockhaus als außerschulischer Lernstandort im Wildgehege
- Mehrgenerationenpark im Bürgerpark, verbunden mit der Einladung, sich den Baufortschritt gerne anzuschauen.

Er merkt an, dass in keiner der vorangegangenen Ratsperioden so viele wichtige Maßnahmen umgesetzt wurden.

Diese Maßnahmen wurden für die Bürgerinnen und Bürger beschlossen. Die Dinklagerinnen und Dinklager sollen und werden davon profitieren.

Die jungen Familien für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die vielfältige ehrenamtliche Vereinsarbeit, die für das gesellschaftliche Miteinander einen unschätzbaren Wert hat und ein Aushängeschild für die Stadt ist.

Die Gewerbebetriebe, denen die Möglichkeit der Ansiedlung oder Erweiterung ermöglicht wird. Obwohl die Wünsche hier noch viel größer sind.

Die Naherholung vor Ort für alle.

Dinklage ist und bleibt liebens- und lebenswert, was auch das Ansteigen der Einwohnerzahl zahlenmäßig belegt.

Und Dinklage ist attraktiv: Laufende Baumaßnahmen verdeutlichen dieses. Die Neuansiedlung von Lidl, die anstehenden Investitionen der Genossenschaft, ein neues Ärztehaus, verschiedene Planungen weiterer Investoren in Wohnen und Gewerbe in Dinklage belegen die positive Entwicklung.

Durch planerische Maßnahmen konnte und könne hier wertvolle Hilfe geleistet und Investoren unterstützt werden.

Trotzdem sei Sorgen mit Blick auf den Haushalt begründet, wenn man sich die mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanungen der kommenden Jahre anschaut, die Millionendefizite prognostizieren. Dieses habe insbesondere zwei Gründe:

Die Ausgaben/Kosten laufen den Einnahmen/Steuern weg.

Die steigende Verschuldung nimmt der Stadt finanzielle Spielräume.

Die Ausgabenseite hat sich in den vergangenen Jahren erheblich verändert, denn alles kostet (viel) mehr Geld.

Drei Beispiele werden exemplarisch genannt:

Personalkosten in 2022 = 3,9 Mio. € - für 2026 planen wir mit 5,3 Mio. € (+ 35 %)

Zuweisungen Kitas in 2022 = 2,2 Mio. € - für 2026 planen wir mit knapp 4 Mio. € (+80%)

Die Zinskosten (2022 = ca. 75.000 €) für die steigende Verschuldung werden steigen. In 2026 plant die Verwaltung mit 300 T€ (+300 %). Das Geld hätten wir besser in andere Bereiche investiert.

Die von der CDU angestrebte max. Verschuldungsgrenze von 10 Mio. € werde in 2026 nicht mehr zu halten sein. Lt. Haushaltsplan können es bis zum Jahresende 2026 bis zu 20 Mio. € werden, aber auch hier darf auf die (spätere) Wirklichkeit beim Rechnungsergebnis hingewiesen werden und es gibt begründete Hoffnung, dass es so schlimm dann doch nicht kommen wird. Ohne weitere zu beschließende Maßnahmen wird die Verschuldung eher bei ca. 14-17 Mio. € liegen. Die berühmte Glaskugel hat wohl keiner.

Die CDU bedaure diese Entwicklung, sehe sich aber auch als „Getriebene“ der Landes- und Bundespolitik. Dazu nennt Mitglied Windhaus zwei Beispiele, die allein schon ca. 10 Mio. € Investitionen bedeuten:

Das politische Versprechen der rot-grünen Landesregierung in Hannover zum Einstieg in die Ganztagschule bei den Grundschulen wird in Dinklage Investitionen von knapp 7 Mio. € bedeuten. Die Gegenfinanzierung vom Land beträgt nur ca. 500.000 €.

Die gesetzlichen Vorgaben zum Feuerwehrschatz erfordern einen Anbau am Dinklager Feuerwehrhaus. Kosten ca. 3,6 Mio. €. Gegenfinanzierung von „Dritte“: 0 €.

Beide Vorhaben haben ihre Berechtigung, aber dann solle die „große“ Politik auf Landes- und Bundesebene auch für eine angemessene Mitfinanzierung sorgen.

Aus Haushaltsberatungen anderer Kommunen kommen gleichlautende Botschaften und Klagelieder.

Die höhere Verschuldung wird die künftigen Handlungsspielräume der Politik einschränken. Größere Investitionen anzugehen, wird den künftigen Räten dadurch nicht einfacher gemacht. Und auch bei dem Haushaltsplan für 2026 konnte festgestellt werden, dass ganz neue investive (Bau-)Maßnahmen nicht enthalten sind.

Das vor einigen Jahren von der Verwaltung vorgelegte Straßenausbauprogramm muss gestreckt werden. Die Kosten für den Straßenausbau und der Ersterschließung sind ganz erheblich gestiegen. Die damals erfolgte Erhöhung der Grundsteuer- und Gewerbesteuerhebesätze als Ausgleich für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge (ca. 650.000 €/Jahr) reicht nicht annähernd mehr aus, die wegfallenden Anliegerbeiträge zu kompensieren. Ziel muss es sein, die Straßen, die über die notwendigen Erschließungsmaßnahmen (z.B. Oberflächenentwässerung, Gehwege) nicht verfügen und dringend sanierungsbedürftig sind, vorzuziehen. Die Prioritätenliste muss der kommende Rat überarbeiten. Die Verwaltung hat hiermit schon begonnen und Vorschläge unterbreitet.

Bei der Unterhaltung der Gemeindestraßen möchten die CDU den Ansatz gegenüber dem Vorschlag der Verwaltung von 470.000 € aufgrund von zusätzlichen Wegeseitenrandbefestigungen und Straßenunterhaltungen im Außenbereich auf 625.000 € erhöhen. Die Kosten steigen auch hier. Eine frühzeitige Sanierung oder Verbesserung erspart dann hoffentlich an der einen oder anderen Stelle eine kostenintensivere (frühzeitigere) Komplettsanierung.

Mitglied Windhaus merkt an, dass die CDU ausdrücklich die bestehende und fast ausschließliche ehrenamtliche Vereinsarbeit weiterhin im gleichen oder erhöhten Maße unterstützen.

Wie bereits dargelegt, bewerte die CDU diese Arbeit als unverzichtbar. Die Vereinsarbeit sei aus CDU-Sicht die größte Stütze des gesellschaftlichen Miteinanders in Dinklage. Durch die städtische Förderungsquote bei verschiedensten Baumaßnahmen (Jahnstadion, Schützenhalle, Tennisanlage) haben die CDU in den letzten Jahren den Rahmen geschaffen, dass sich die Vereinsarbeit weiterentwickeln kann.

D.h. aber auch, dass man sich den finanziellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen stellen muss und ein einfaches „weiter so, die Stadt wird es schon zahlen“, nicht geben darf.

Mit Blick auf die Entwicklung Kreisumlage (jetzt über 9 Mio. €) darf vom Landkreis Vechta gleichfalls erwartet werden, dass in den kommenden Jahren eine sparsame Haushaltsführung erfolgt. Man wird auch dort das Wort „Nein“ häufiger verwenden und alle Positionen auf den Prüfstand stellen müssen. Der Landkreis beklagt, dass mehr als die Hälfte des Haushalts bereits in den sog. „Sozialetat“ geht und sich der Landkreis vom Land und dem Bund im Stich gelassen fühlt.

Die CDU wolle im letzten Jahr unserer Ratsperiode verschiedene (planerische) Maßnahmen noch auf den Weg bringen:

Wohnbebauung:

Wenn es gelinge, den Erwerb der Flächen am Dinklager Ring und die Erschließung kostengünstig so umzusetzen, dass bei einem Weiterverkauf der Flächen die Kosten fast vollständig wieder „in die Stadtkasse“ fließen, sollte alles schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden.

Der auf den Weg gebrachte B-Plan „Auf dem Hövel“ soll den baulichen Missstand rund um die Ponyhalle, Bauhof, und eines Gewerbebetriebes beseitigen. Da stehen herausfordernde Aufgaben an, die mit allen Eigentümern gemeinsam angegangen werden sollte. Die Bereitschaft aller Eigentümer wurde signalisiert. Eine künftige Nutzung, die auch und gerade ein Wohnen zulässt, würde eine deutliche Aufwertung dieses städtischen Gebietes bedeuten.

Gewerbeansiedlung

Die baurechtliche Möglichkeit der weiteren Gewerbeansiedlung direkt am Dinklager Ring wurde auf den Weg gebracht. Es ist richtig, dieses voranzutreiben, denn genau dort gebe es aufgrund der verkehrlichen Anbindung ideale Voraussetzung, Gewerbeflächen zu schaffen. Die Verwaltung ist dabei, gute Erschließungskonzepte zu erarbeiten.

Im Jahr der Kommunalwahl sollten diese Punkte als Rat gemeinsam auf den Weg gebracht werden, nur so kommt es zu einem guten Ergebnis für Dinklage. Genauso wie sich die Fraktionen gemeinsam auf den Weg gemacht haben, einen Bürgermeisterkandidaten zu finden. Mit einem Kandidaten, der den Haushalt kennt und aufstellen kann, hat man auch dort ein gutes Ergebnis erzielt.

Mitglied Hilgefört bedankt sich im Namen des Bürgerforum Dinklage bei Bürgermeister Putthoff und bei Kämmerer Bornhorst für den vorgelegten Haushaltsplan 2026. Auch möchten sie sich und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Dinklage für die stets konstruktive und gute Zusammenarbeit der vergangenen vier Jahre zu bedanken und bei den übrigen Fraktionen für die gemeinsame Zusammenarbeit der vergangenen vier Jahre bedanken.

Das BFD möchte sich auch bei allen Dinklager Unternehmen, Gewerbetreibenden und Einwohnern, die die ordentlichen Erträge in Höhe von 29.583.100,00 Euro in wirtschaftlich sicherlich schwierigen Zeiten überhaupt erst ermöglicht haben.

Zum diskutierten Haushalt führt er wie folgt aus:

Er geht auf die erneute Erhöhung der Kreisumlage durch den Landkreis Vechta ein und merkt an, dass die Städte und Gemeinden an ihren finanziellen Leistungsgrenzen angekommen sind.

Auf welchem disruptiven Level diese Art von Politik mittlerweile angelangt ist, zeigt ausdrücklich die praktische Verdoppelung der konkret eingenommenen Kreisumlage in den vergangenen zehn Jahren von ca. 65 Millionen Euro auf jetzt ca. 130 Millionen Euro.

Die Landesregierung in Hannover reiche jedoch weiterhin immer mehr Aufgaben nach unten durch, ohne diese entsprechend gegen zu finanzieren.

Das Land Niedersachsen müsse die Kommunen besser finanziell ausstatten oder strikt das Konnexitätsprinzip achten.

Wer bestellt, der bezahlt.

Das Bürgerforum befürwortet nichtsdestotrotz die notwendigen Investitionen in die Kindergärten, die Schulen, die städtische Infrastruktur, den neuen Bauhof, die Feuerwehr und die Sport- und Schwimmstätten in Dinklage.

Die vorgenommenen Investitionen dieser Wahlperiode, die insgesamt im achtstelligen Bereich liegen, sind schlichtweg notwendig und nach Meinung des BFD auch überfällig, um mit dem jahrzehntelangen Investitionsstau in Dinklage aufzuräumen.

Er merkt an, dass die Bevölkerung noch viele Jahre von den in dieser Wahlperiode einmalig entschiedenen Ausgaben profitieren und sich die Stadt Dinklage in den kommenden Jahren auch wieder in haushaltsschonendere Zeiten bewegen wird.

Nichtsdestotrotz ist die daraus resultierende Rekordverschuldung in Höhe von bis zu 20 Millionen Euro prekär und mahnt ein jedes Ratsmitglied in Zukunft zur Mäßigung.

Das BFD stehe deswegen auch dafür ein, wenn einzelne, finanzielle Ausgaben nicht überzeu- gen und den Haushalt unnötig und über Gebühr belasten:

Bekanntermaßen lehne das BFD die Ausgaben im Bürgerpark ab.

Die 70% prozentige Kostensteigerung war vermeidbar.

S.E. werde der Mehrgenerationenpark keine Breitenwirkung für die Mehrheit der 14 000 Dinklager entfalten, die die Ausgaben von mittlerweile 1,3 Millionen Euro rechtfertigen. Die Verhinderung eines Hospizes im Bürgerpark als vernünftige und zweckstiftende Alternative empfinden das BFD angesichts einer älter werdenden Bevölkerung als krasse Fehlentscheidung dieses Rates.

Ebenso sehen das BFD weiterhin die Ausgaben für die Sanierung des Alten Rathauses kritisch.

Die historische Arztvilla muss natürlich Dinklage erhalten bleiben.

Bevor jedoch stückweise hohe Investitionen getätigt werden, hätte es vorab ein Gesamtkonzept zur zukünftigen Unterbringung der Verwaltung gebraucht.

Durch die nun durchgeführte Kernsanierung des Alten Rathauses wird die Verwaltung auch in den kommenden Jahrzehnten räumlich auseinandergezogen.

Darüber hinaus ist hoch umstritten, ob die bisher geplanten Kosten in Höhe von 1,5 Millionen Euro ausreichen werden.

Das Negativbeispiel der Sanierung des Alten Rathauses in Vechta für über fünf Millionen Euro, bei geplanten 3,5 Millionen Euro Sanierungskosten, hat die BFD-Fraktion bereits vor drei Jahren vorgetragen.

Ebenfalls wurde die Prüfung vergleichbarer Konzepte wie in Gut Lage und dem ehemaligen Rathaus in Lohne vorgeschlagen, was jedoch mehrheitlich abgelehnt wurde.

Er merkt an, dass das BFD mit seiner Position zum Thema Bürgerpark schlichtweg Recht behalten habe. Ob die Einschätzung des BFD ebenfalls bei der Sanierung des Alten Rathauses zutreffen werde, werde das kommende Jahr zeigen.

Er fügt hinzu, dass das BFD auf einen aus ihrer Sicht bestehenden Eisberg hinweisen möchte. Der geplante Kauf der Grundstücksflächen des ehemaligen Ponyhofes müsse durch ein aussagekräftiges Bodengutachten abgesichert werden. Ansonsten müsse eine ähnliche Kostenexplosion wie bereits bei der Anlegung der Tartanbahn im Jahnstadion befürchtet werden.

Er nutzt die Gelegenheit, um noch einmal inständig für die Belange des Klimaschutzes zu werben.

Auch wenn dieses Thema sicherlich in der öffentlichen Debatte an Bedeutung verloren habe, bleibe es nicht weniger relevant.

Langanhaltende Dürreperioden mit Überhitzung der Innenstädte und Starkregenereignisse, mit all ihren negativen Begleiterscheinungen für die Innenstädte, den Tourismus und die Landwirtschaft gehen Jung und Alt, ob sie wollen oder nicht, gleichsam an.

Dinklage ist mit den Planungen hin zu einer Energiegenossenschaft, sowie der Entwicklung von Freiflächenphotovoltaik und einem Fernwärmenetz auf einem guten Weg, kann seine Bemühungen aber noch verstärken.

Der Burgwald ist weiterhin sehenden Auges vom Austrocknen bedroht und auch die Entwicklung der in den kommenden Jahren entstehenden Baugebiete benötigt progressive und ökologische Antworten der Dinklager Kommunalpolitik.

Mitglied Kruse merkt an, dass ihm beim Schreiben dieser Haushaltsrede seine Haushaltsrede aus dem Vorjahr in die Finger geraten sei. Viele Dinge, vor denen er in dieser Haushaltsrede gewarnt habe, sind nun in diesem Haushaltsjahr zur traurigen Realität geworden. Es gebe nach wie vor in Dinklage eine gute Steuerkraft. Die ordentlichen Erträge betragen in 2025 ca. 26,2 Millionen Euro und für das Jahr 2026 planen wir 29,6 Mio. Euro

Außerdem bekommt die Stadt Schlüsselzuweisungen vom Land in Höhe von 369.000 Euro. Dafür steigt die Kreisumlage, wie von mir bereits im letzten Jahr prophezeit, um 3,5 Punkte, von 38,5 auf 42 Punkte und beläuft sich somit auf 9.127.400 €. Das sei ein Aufwuchs von 743.000 €. Gefordert wurden von einigen Kreistagsabgeordneten bis zu 45 Punkte. Die AfD Fraktion wird übrigens im Kreistag dagegen stimmen.

Die geplante Kreditaufnahme der Stadt Dinklage bei Kreditinstituten beträgt 6.733.000 Mio. Euro und die Kreditermächtigungen aus dem Vorjahr belaufen sich auf 10.566.000 €. Somit werde hoffentlich nicht ganz den Schuldenstand von 20.000.000 € erreicht, aber der Gesamtschuldenstand werde sich nach aktuellem Plan verfünffachen genauso wie die Pro-Kopfverschuldung die sich dann auf 1.473.00 €. beläuft.

Das eine ganze Reihe Straßenausbaumaßnahmen nach 2031 verschoben werde, ist sicherlich richtig, aber das werde uns dann 2031 wieder einholen. Denn er sehe keine Entspannung bei der Haushaltslage in den nächsten Jahren.

Natürlich sind alle Beschlüsse für diese Maßnahmen hier gefasst worden. Natürlich sind Ausgaben für die Infrastruktur richtig und notwendig. Genauso wie für Verbände und Vereine. Das Ehrenamt ist eine Lebensader der Gesellschaft. Die Erweiterung des Feuerwehrhauses, der Neubau des Freibades, Straßenausbau, notwendig. Sicher ebenso auch der Neubau von Mensen und die Erweiterung der Schulen. Es sind aber oft auch Gesetze und Verordnungen seitens des Landes und Bundes, die die Kommunen umsetzen und leider auch bezahlen müssen. Die Gegenfinanzierung ist dann aber bei weitem nicht auskömmlich. Das Konnexitätsprinzip funktioniert nicht richtig.

Eine Steuerhöhung zur Finanzierung des Haushalts kommt nicht in Frage. Die Stadt Dinklage sei im Kreis bereits Spitzenreiter und die Bürger und auch die Betriebe dürfen nicht weiter belastet werden. Diese sind bereits in Teilen jetzt schon überlastet.

Aber dennoch muss versucht werden, bei kommunalfinanzierten Maßnahmen zu sparen. Da dürfe es keine Denkverbote geben.

Es muss nicht immer ein Gründach sein bei öffentlichen Bauten, da wir hier mitten in einer eingegrünten Stadt leben. Es muss nicht immer der teuerste Klinker sein. Es muss nicht immer zwingend gleich Photovoltaik verbaut werden. Schaufensterprojekte, wie die Zuschussung bei Balkonkraftwerken und dem Bau von Zisternen müssen dann eben abgeschafft werden. Außerdem scheint ihm die Kontrolle bei der Ausführung von Baumaßnahmen seitens der Verwaltung nicht ausreichend zu sein. Er habe da einige Erfahrungen bei dem Ausbau seiner Straße gesammelt. Das alles rettet natürlich nicht den Haushalt, aber irgendwo muss angefangen werden.

Trotz großer Bedenken stimme er, als Vertreter der AfD, diesem Haushaltsplan zu.

Bedanken möchte er sich noch beim Bürgermeister und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit und gratuliert herzlich Christoph Bornhorst zu seiner Kandidatur als Bürgermeister.

Mitglied Witteriede teilt mit, dass sich die Haushaltslage der Stadt Dinklage zum Ende des Haushaltsjahres 2025 trotz erheblicher Investitionen in Infrastruktur, Ausstattung und Sanierung der Schulen, Sportstätten und soziale Einrichtungen, besser darstelle als erwartet.

Ursprünglich vorgesehene Kredite mussten nicht aufgenommen werden. Der Schuldenstand hat in Folge dessen und auch, weil für 2025 geplante Investitionen in diverse Bauprojekte und die Sanierung von Straßen nicht getätigt wurden, nicht die prognostizierte Höhe von ca. 8 Mio. erreicht. Er liegt jetzt nach dem vorläufigen Ergebnis zum Ende des Jahres bei 3,7 Mio. Euro und führt damit zur niedrigsten Pro Kopf Verschuldung seit vielen Jahrzehnten. Dennoch wird der Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag in Höhe von € 1.597.500 abschließen.

Obwohl die Wirtschaft gut läuft und deutliche Mehrerträge bei der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen sind, wird sich der Schuldenstand aufgrund der Neuverschuldung in 2026 auf prognostiziert etwa € 20 Mio. erhöhen. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass auch im folgenden Jahr hohe Investitionen in bereits beschlossene Maßnahmen zu tätigen sind.

Somit steht die Kommune finanziell arg unter Druck. Auch, weil immer mehr Aufgaben von Bund und Land auf die Stadt übertragen werden. Ein Beispiel: Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung mit der Folge, dass Mensen und zusätzliche Klassenräume an den beiden Grundschulen gebaut werden müssen. Gesamtvolumen ca. € 7 Mio. bei einem Zuschuss in Höhe von je € 460.000. Dies verstößt eindeutig gegen das Konnexitätsprinzip und gefährdet die Selbstverwaltung.

Sie führt aus, dass damit eine gefährliche Spirale in Gang gesetzt werde, Denn auch der Landkreis müsse von Bund und Land Aufgaben übernehmen und da er zudem einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt, beschafft er sich durch die Kreisumlage Geld von den Kommunen.

Durch die Erhöhung der Kreisumlage um 3,5 Punkte (von 38,5 auf 42) hat die Stadt gut 9 Mio. an den Kreis abzuführen, was einer Erhöhung um € 1.375.000 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dies stellt eine deutliche Mehrbelastung im Haushalt dar.

Der größte Posten im Haushalt resultiert mit rund 5,3 Mio. aus den (ähnlich wie im Vorjahr) um 8,41 % gestiegenen Personalkosten. Grund hierfür sind Tarifierhöhungen, Besoldungsanpassungen und Neueinstellungen. Bei letzterem gehen wir davon aus, dass die zunehmende Aufgabenfülle und die damit einhergehende Arbeitsbelastung den Personalaufbau rechtfertigen.

Damit einhergehend sollten aber auch die Aufwandsentschädigungen der ehrenamtlich Mitarbeitenden der Stadt eine Anpassung an die allgemeine Kostensteigerung erfahren und durch eine angemessene Höhe die Wertschätzung für Ihre wertvolle Arbeit zum Ausdruck gebracht werden.

Der zweitgrößte Posten mit knapp € 4 Mio. sind die Zuweisungen für die Kindergärten und Kindergruppen. Auch bei den Kindertagesstätten weiten Bund und Land die Aufgaben der Kommunen immer mehr aus, ohne für eine ausreichende Finanzierung zu sorgen, weshalb auch hier die Kosten immer weiter steigen.

Mitglied Witteriede merkt an, dass Sparsamkeit geboten sei. Wenn aber die Stadt durch Pflichtabgaben und gesetzliche Vorgaben auf einen Großteil der Ausgaben keinen Einfluss hat, bleibt nur, bei den freiwilligen Leistungen zu kürzen und bei großen Bauprojekten sowie beim Straßenausbau zu priorisieren. Auch die CDU hat erkannt, dass die Stadt Dinklage „kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem“ habe. Vorschläge zu Einsparungen fehlen aber bisher.

Zudem müssen Kredite aufgenommen werden, um eine positive Entwicklung unserer Stadt und ein stärkeres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Nur durch Schulden kann in die Zukunft investiert werden, ohne auf schmerzhaftes Einsparungen und Kürzungen angewiesen zu sein.

Mitglied Witteriede führt zu folgenden Punkten wie folgt aus:

Investitions-Schwerpunkte 2026

Durch weitere Straßenausbaumaßnahmen, die Neubauten der Mensen an den beiden Grundschulen, den Umbau des Feuerwehrhauses, die Rathaussanierung, die Sanierung des Freibads sowie div. Investitionszuschüsse an Dinklager Vereine summieren sich die in 2026 zu tätigen Investitionen auf ein Gesamtvolumen von über 14 € Mio.

Bildung und Kinderbetreuung

Der Ausbau der Betreuungsangebote bleibt eine Priorität. Die Versorgung mit Kita- und Krippenplätzen deckt nach dem Bau von St. Johannes und dem Ersatzbau St. Martin beim Bürgerpark aber weitestgehend den Bedarf. Derzeit gibt es für fast 900 in Dinklage lebende Kinder im Alter von 1-6 Jahren über 700 Betreuungsplätze.

Mit dem Neubau an der Reichensteiner Str. (Alt St. Martin) können dann hoffentlich auch die noch bestehenden Notgruppen aufgelöst werden. Ein zusätzliches Angebot durch einen schon lange beantragten Waldkindergarten lässt allerdings weiter auf sich warten.

Die Erweiterung unserer beiden Grundschulen ist aus dem ab 2026 bestehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ebenso unumgänglich wie die Sanierung der Oberschule.

Infrastruktur

Straßensanierung und -unterhalt - auch im Außenbereich – bleiben ein zentrales Thema.

Seit Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in 2022 fordert die SPD die Anpassung der alten Ausbauplanung, die bis zum Jahre 2029 den Ausbau von 22 Straßen vorsah. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass durch immense Kostensteigerungen nur wenige Straßen pro Jahr saniert und ausgebaut werden können.

Für 2025 waren die Ausbauten von 5 Straßen (Jahnstraße, Münsterstraße, Josefstraße, Kiwittshöhe und Wiesenweg) geplant. Realisiert wurden 3!

Vor diesem Hintergrund ist die Verwaltung jetzt unserer Forderung gefolgt. Für 2026 ist lediglich die Sanierung der Straßen Wiesenweg und Glatzerstraße und die Erschließung der Straße Kiek Ut vorgesehen. Alle anderen geplanten Straßensanierungen wurden in die Folgejahre verschoben.

Seit 2022 werden durch die Erhöhung der Hebesätze zusätzliche Einnahmen in Höhe von € 685.000 jährlich generiert. Diese reichen jedoch nicht mehr aus, den Ausfall der Straßenausbaubeiträge und die Kostensteigerungen im Straßenbau zu kompensieren. Demnach müssten lt. Bürgermeister die Hebesätze stetig erhöht werden.

Eine Erhöhung der Hebesätze zur Steigerung der Einnahmen lehnen wir jedoch ab, da sie im Zuge der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge stark angehoben wurden und seither höher als in allen andern Kommunen des Landkreises sind.

Ebenso wichtig ist die Sanierung von Freizeiteinrichtungen und Sportstätten, denn neben der reinen Daseinsvorsorge ist eine Kommune auch aufgefordert, Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Erholung anzubieten sowie unterschiedlich ausgerichtete Orte für die Begegnung von Menschen aller Altersgruppen zu schaffen. Dies rechtfertigt auch die Investitionen in Wildgehege und Bürgerpark.

Auch die stadteigenen Liegenschaften müssen fortlaufend saniert und erweitert werden um für die jeweiligen Zwecke nutzbar zu bleiben.

Wirtschaftsförderung

Mit über 1.100 angemeldeten Betrieben ist Dinklage ein starker Wirtschaftsstandort. Durch den Ankauf von Flächen am Dinklager Ring können sich bestehende Gewerbe erweitern oder sich neue ansiedeln.

Zuschüsse an Vereine

Unsere Vereine sind für unser Gemeinwesen unverzichtbar und die durch Ehrenamtliche im Verein geleistete Arbeit ist nicht hoch genug zu bewerten.

Dennoch muss es erlaubt sein, sich mit Zuschussanträgen der Vereine kritisch auseinander zu setzen, da sie einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im Haushalt darstellen. Hierbei sind nicht Zuschüsse zu geplanten Erweiterungs- und Umbaumaßnahmen bestehender Einrichtungen oder auch Neubauten gemeint, sondern Zuwendungen für allgemeine Zwecke und den laufenden Betrieb

Bei den unter TOP 12-18 der heutigen TO behandelten Anträgen summieren sich die Kosten für die bewilligten Zuschüsse auf € 636.200 für 2026.

Jeder dieser Anträge hat sicher seine Berechtigung, dennoch stellt sich bei dem ein oder anderen Zuschussantrag mit Kostensteigerungen von 50 und 67% die Frage, ob hier mit Blick auf die angespannte Haushaltslage verantwortlich gehandelt wird. Wenn ein Verein mit der allgemeinen Begründung der Kostensteigerung ein deutliches Plus an finanziellen Mitteln beantragt, muss es erlaubt sein dies zu hinterfragen und ggf. Kürzungen vorzunehmen.

Eine Entscheidungshilfe wäre eine transparente und mit Zahlen belegte Begründung.

Um künftig Einzelfallentscheidungen zu vermeiden und Kosten einzusparen, empfiehlt sich eine jährliche Anhebung des bisher bezahlten Zuschusses um 20%.

In diesem Zusammenhang muss sich auch die Feuerwehr fragen lassen, ob alle in ihrer Mittelanmeldung aufgelisteten Ersatzbeschaffungen bzw. Neuanschaffungen in Höhe von € 435.000 tatsächlich notwendig und in 2026 getätigt werden müssen.

Zusammenfassend teilt Mitglied Witteriede mit, dass die Summe der geplanten Investitionen ein klares Bekenntnis zur Verantwortung als Kommune sei, sozial gerecht und wirtschaftlich verantwortungsvoll zu handeln. Seitens der SPD werden diese weitestgehend befürwortet und unterstützt. Dennoch sollte es gelingen, den Schuldenstand nach den notwendigen Investitionen auf den Durchschnitt vergleichbarer Kommunen zurückzuführen, d.h. wieder deutlich unter € 10 Mio. zu kommen.

Mitglied M. Morthorst äußert sich wie folgt

Sie bedankt sich im Namen der „Die Grünen/Bündnis 90“ für die Aufstellung des Haushaltsplanes und für die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Sie wolle nicht alle angeschobenen Projekte nochmals aufführen, aber sie habe in den letzten Jahren doch festgestellt, dass nicht „gekleckert, sondern geklotzt“ wurde. Jedoch könne die Stadt Dinklage auf das Erreichte auch stolz sein, denn es wurde ein Gegenwert geschaffen. I.E. sei Dinklage eine attraktive Stadt. Sie blicke optimistisch in die Zukunft und hoffe, dass Unvorhersehbarkeiten, wie enorme Kostensteigerungen etc. nicht vorkommen werden. Sie verweist auf die umgesetzten Projekte, die teilweise auch vom Land oder Bund vorgegeben wurden. Weiter halte sie die Wirtschaftsförderung für sehr wichtig,

Mitglied C. Morthorst ergänzt, dass ohne die sprudelnden Gewerbesteuererinnahmen an viele Projekte ein erheblich größeres Fragezeichen gemacht werden müssen. Ein großes Lob geht daher an alle Gewerbetreibenden. Dinklage weiter attraktiv für Industrie und Handwerk

zu machen, sollte daher immer im Vordergrund stehen. Günstige Energie ist dazu unerlässlich. Mit der genossenschaftlichen Erzeugung alternativer Energie sind wir damit auf dem richtigen Weg. Das bringt der Stadt nicht nur direkte Einnahmen, sondern es trägt dazu bei, dass Dinklager Unternehmen am Markt konkurrenzfähig bleiben und der Standort für die Ansiedlung neuer Unternehmen interessant wird. Einnahmen aus diesem Bereich müssen dann in weitere grüne Themen investiert werden. Hier ist definitiv noch Luft nach oben. Klimafolgenanpassung und Schutz unseres Wassers sind hier als Beispiele zu nennen. Die bereits laufenden Förderungen für Zisternen, Balkonkraftwerke und Gründächer sind gut, sollten daher auch weitergeführt und nach Möglichkeit noch ausgebaut werden. Investitionen in Klima- und Umweltschutz sind nicht nur Investitionen in unsere Zukunft, sondern sind auch Investitionen in die Zukunft unserer Kinder!!! Mitglied Meyer bezieht sich auf die vorangegangenen Ausführungen und geht auf die mehrfach angesprochene Erhöhung der Kreisumlage ein. Sie merkt an, dass der Landkreis in den letzten Jahren enorm investiert habe und führt zu den Maßnahmen aus. Sie weist darauf hin, dass ein großer Teil des Budgets in den Sozialhaushalt verplant werde. Ausgaben für die Sozial- und Jugendhilfe kommen auch der Dinklager Bevölkerung zugute, da der Landkreis städteübergreifende Aufgaben übernehme. Auch seine Zuwendungen vom Land Niedersachsen zurückgezogen worden und der Landkreis habe nur die Möglichkeit, Mittel über die Kreisumlage zu generieren.

Beschluss:

Dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 24 Beratung und Beschluss über das Investitionsprogramm der Stadt Dinklage für die Jahre 2025-2029

Allg. Vertreter Bornhorst führt anhand der Drucksache aus. Er merkt an, dass das Investitionsprogramm richtungsweisend und nicht bindend sei. |

Beschluss:

Dem Investitionsprogramm für die Jahre 2025-2029 wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 25 Mitteilungen des Bürgermeisters über kommunalpolitische Angelegenheiten

Dipl.-Ing. Busch teilt mit, dass das Beteiligungsverfahren zum Ausbau der BalWin1 1+ BalWin2 für 4 Wochen einsehbar seien. Die Pläne werden auf der Homepage der Stadt Dinklage verlinkt.

zu 26 Anfragen und Anregungen

Mitglied Bausen erfragt den Sachstand zu der gegründeten Bürgerstiftung.

Bürgermeister Putthoff teilt mit, dass ein Antrag auf Anerkennung und ein Antrag auf Gemeinnützigkeit gestellt wurde. Leider habe er noch keine Rückmeldung erhalten.

Robert Blömer
Vorsitzender

Heidi Bellersen
Protokollführung

Carl Heinz Putthoff
Bürgermeister